



Internationaler Versöhnungsbund

Seit 1914 gewaltfrei aktiv
gegen Unrecht und Krieg

Rundbrief
4/2025

Versöhnung



Kritik an der Friedensdenkschrift der EKD

**Berichte aus und um den VB: Vorstand,
kommende Jahrestagung, ...**



Über den Tellerrand geblickt. Neues vom FOR – USA	3
Vorstandssitzung Sept. 2025, JH Kassel	4
Entstehung von wirtschaftlicher Ungleichheit in der Geschichte.....	5
Der Rat der EKD verliert die friedensethische Diskurshoheit.....	6
Drei theologische Einsprüche zur Denkschrift des Rates der EKD	7
Zur aktuellen Entwicklung in Israel und Palästina	8
NATO trainiert Atomkrieg über der Nordsee.....	10
Dis Stunde der Wahrheit: Glaube in Zeiten des Völkermords	11
Neues aus der Schalom-Bibliothek.....	13
Margaret Fell (1614 - 1702) – oder Vom Rederecht der Frauen in geistlichen und politischen Dingen	14
Kriegsdienstverweigerung, Kirche und Pazifismus – <i>Jahrbuch Friedenstheologie 2025</i>	15
Pazifismus – wenn nicht jetzt, wann dann? – <i>Thesen von Ullrich Hahn</i>	16
Termine	17
Was Mitglieder erzählen	19

Impressum

Versöhnung – Rundbrief 4/2025

Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.

Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
Tel. 0571-850875, Fax 0571-8292387

vb@versoehnungsbund.de
www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:

Thomas Nauerth, Rudolf Mehl, Berthold Keunecke,
Dagmar Schulte, Dietlinde Haug

redaktion@versoehnungsbund.de

Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Druck und Versand: Knotenpunkt Offsetdruck GmbH,
Buch (Hunsrück), <http://knotenpunkt-buch.de>

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15. 02. 2026

Referat für Friedensfragen:

Clemens Ronnefeldt

A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
C.Ronnefeldt@t-online.de
08161 547015



Spendenkonto:



Versöhnungsbund e.V., GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS



Liebe Leser*innen

kurz vor Weihnachten bittere Nachricht von der EKD: Wir leben in einer unerlösten Welt und müssen uns daher leider auch unerlöst verhalten. Da ist also nix zu machen gegen so viel Gewalt als mit noch mehr Gewalt gegen die Gewalt für einen gerechten Frieden Krieg zu führen. „Siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volk widerfahren wird; denn euch ist heute der Heiland geboren, welcher ist Christus, der Herr, in der Stadt Davids. Aber werdet nicht übermütig und handelt nicht wie die Schwärmer: diese Welt bleibt unerlöst und entsprechend habt ihr mit Gewalt den Frieden zu sichern.“ (Lukas 2,10-11 in der Lutherübersetzung, Revision 2025)

Zum Glück gibt es noch Kirchen, die nicht wissen, dass diese Welt so unerlöst ist, dass auch wir unerlöst zu handeln haben. An diese Kirchen werden wir uns vom VB wohl in nächster Zeit orientieren müssen. Daher in diesem Heft drei Textauszüge theologischer Art, vielleicht auch als kleine weihnachtliche Geschenke an den nächsten Oberkirchenrat....

Die abgründigste Passage der EKD Denkschrift ist die Nr. 77:

„Die Erfahrungen des gewaltsamen Todes vieler Menschen im Krieg könnte aufgrund des Primats der Gewaltfreiheit zu der Forderung führen, auch in einem heißen Konflikt allein auf Verhandlungen

zu setzen. Diese Sichtweise übersieht allerdings, dass solche Verhandlungen nur dann ethisch vertretbar sind, wenn sie sich innerhalb des internationalen Rechts bewegen, das heißt dem Schutz der territorialen Unversehrtheit und Selbstbestimmung dienen. Der Primat der gewaltfreien Lösung darf nicht gegen die Ethik rechtserhaltender Gewalt ausgespielt werden (...) Aufgezwungene Verhandlungen sind kein Weg zum Gerechten Frieden. Verhandlungen, die lediglich dazu dienen, die Ergebnisse militärischer Kriegsführung abzusichern, sind abzulehnen.“

Also jeder Plan, den Ukrainekrieg an den aktuellen Fronten einzufrieren, ist ethisch unerlaubt? Terroritale Unversehrtheit wichtiger als den gewaltsamen Tod vieler Menschen zu beenden?? So etwas habe ich in meinem Leben noch nicht gelesen. Der gerechte Friede wird hier zum unbedingt und zu jedem Preis anzustrebenden Endziel, das wir unbedingt zu erreichen haben, und sei es, dass wir dabei hier auf Erden alles in Brand setzen. Wollt ihr den totalen Krieg, fragte Goebbels, wollt ihr den totalen Frieden, fragt die EKD. Nein danke!

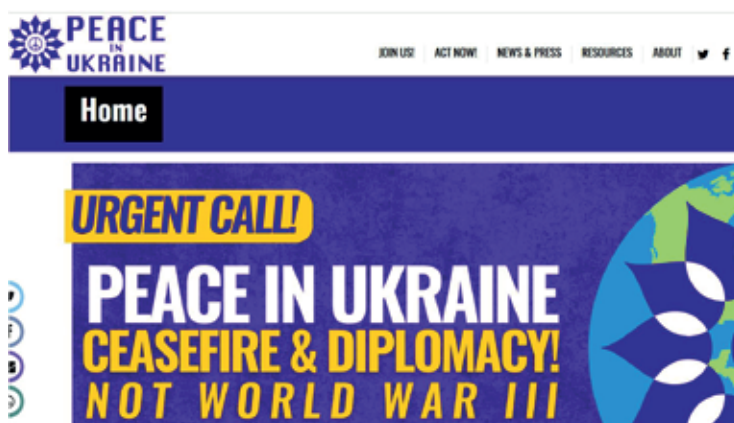
Eine angenehme Lektüre und ein gesegnetes Weihnachten, Fest der unbegreiflichen Zärtlichkeit Gottes, wie Papst Franziskus immer wieder betont hat.

Pax et bonum, Thomas Nauerth

Über den Tellerrand geblickt. Neues vom FOR – USA

„Willkommen bei „Peace in Ukraine“, einer in den USA ansässigen Koalition. Wir fordern einen Waffenstillstand und diplomatische Verhandlungen, um den Stellvertreterkrieg der USA und der NATO gegen Russland in der Ukraine zu beenden. Wir sagen: „Stoppt die Waffenlieferungen! Beginnt mit den Verhandlungen!“ Das Weiße Haus und der Kongress müssen aufhören, Waffen im Wert von Milliarden Dollar in die Ukraine zu liefern, wenn wir einen größeren Krieg vermeiden wollen, der die Gefahr einer nuklearen Vernichtung mit sich bringt. Bitte schließen Sie sich uns an, um sich für den Frieden zu organisieren und zu mobilisieren, um zu versuchen, den Dritten Weltkrieg zu STOPPEN.“

Übersetzt mit DeepL.com (kostenlose Version)



Vorstandssitzung Sept. 2025, JH Kassel

Zu unserem Herbsttreffen hat sich der Vorstand wieder in der Jugendherberge in Kassel getroffen – ziemlich zentral aus allen Richtungen gut erreichbar, und wir haben das Haus schon öfter als gut geeignet für solche Treffen erlebt.

Im Vorstand arbeiten lauter vielfältig engagierte Menschen zusammen – das befruchtet unsere Arbeit, bringt aber auch mit sich, dass wir selten vollzählig anwesend sind, weil Termine mit Veranstaltungen aus anderen Engagements kollidieren. Wir vertrauen uns gegenseitig, dass jedes Vorstandsmitglied verantwortungsvoll Prioritäten setzt und selbstständig entscheidet, wo es teilnimmt.

So haben wir Freitag Abend zu siebt unsere Arbeit begonnen, ab Samstag Mittag waren wir dann zehn, und ein Gast kam auch noch dazu.

Berichte aus der Geschäftsstelle und dem Friedensreferat werden schon vor den Treffen schriftlich verteilt und meist zustimmend und dankend zur Kenntnis genommen.

Der geschäftsführende Vorstand berichtet von seinen Aktivitäten seit dem letzten Treffen des Gesamtvorstands. Ein Thema haben wir dabei etwas ausführlicher beraten:

Umgang mit Fördermitteln

Schon beim ersten Treffen des damals neu gewählten Vorstands im Juli 2024 in Mainz haben wir uns über unseren Umgang mit Fördermitteln unterhalten. Einige hatten damals den Eindruck, dass wir uns auch mal von der Aussicht auf Fördermittel treiben lassen. Das wollen wir nicht mehr, waren wir uns einig, sondern wir entscheiden, was wir wollen (natürlich im Rahmen dessen, was wir uns leisten können). Wenn es dazu Aussicht

auf Fördermittel gibt, stellen wir einen Antrag. Bekommen wir Fördermittel, gibt uns das mehr Spielraum für zukünftige Vorhaben, beeinflusst aber nicht das aktuelle Projekt.

Im Austausch mit der Kommission Beloved Community haben wir dieses Prinzip für die Veranstaltung am 20. Dez. erstmals praktisch angewandt: „Blick zurück nach vorn! 10 Jahre Kommission Beloved Community“ ist auf der Homepage und im letzten Newsletter detaillierter beschrieben. Wir haben die Initiative der Kommission begrüßt und zugesagt, diese Veranstaltung in unser Programm aufzunehmen – unabhängig davon, ob ein Förderantrag dafür genehmigt wird. (Inzwischen wurde der Antrag abgelehnt).

Die Planung der Jahrestagung 2026

haben wir ausgehend von den Impulsen des Vorbereitungstreffens weitergeführt. Von einigen Mitgliedern kamen auch noch weitere Vorschläge für Themen und Referent*innen.

Wir haben die Themen der Hauptvorträge und der Arbeitsgruppen abgestimmt und eine Liste von Referent*innen erstellt, die jetzt von der Geschäftsstelle angefragt werden. Abhängig davon, wer zusagt, können wir Ende Januar das Programm konkreter fassen.

Nachfolge Friedensreferat

Von einer befreundeten Organisation wurde uns jemand vorgeschlagen, der für so eine Stelle geeignet sein könnte. Wir haben die Person zum Kennenlernen eingeladen und konnten unsere Vorstellungen und Wünsche austauschen. Wir werden darüber weiter beraten und vorher keine weiteren Details öffentlich machen.

VB-Vernetzung, unsere Mailingliste

Wegen wiederholter eskalierender Diskussionen in dieser Liste haben wir erst mal die Schließung der Liste angekündigt. Im Austausch mit den Mitgliedern dieser Liste haben wir davon Abstand genommen. Diese Liste dient nur dem Austausch zwischen Mitgliedern des Versöhnungsbundes. Von denen kann erwartet werden, dass sie selbständig auf respektvollen Umgang miteinander achten und keine Moderation brauchen.

Eine wichtige Maßnahme war, die Geschäftsstelle in die Administration der Liste einzubinden, damit sichergestellt ist, dass nur Mitglieder in der Liste vertreten sind und bei Austritt aus dem VB auch die Listenmitgliedschaft beendet wird.

Öffentlichkeitsarbeit: Homepage und Rundbrief

Für den Rundbrief suchen wir weiterhin nach jemandem, der die Redaktion übernimmt. Thomas Nauert hat diese Arbeit nur kommissarisch übernommen. Wir brauchen dringend eine Nachfolge.

Die neue Homepage ist in Arbeit. Leider ist die Gruppe, die daran arbeitet, inzwischen ziemlich klein geworden – wir müssen beraten, wie wir damit umgehen.

Weitere Themen

bearbeiten wir immer wieder, können aber noch keine Ergebnisse berichten. Beispiele sind die Arbeit am Antrag aus der letzten Mitgliederversammlung, Daten über Diskriminierungsvorfälle zu sammeln und Handlungsperspektiven zu entwickeln, Planung der nächsten Vorstandstreffen und Personalangelegenheiten.





Entstehung von wirtschaftlicher Ungleichheit in der Geschichte

Rudolf Mehl sammelt unterschiedliche Impulse

*Die schon länger existierende Kommission **Leben in Gerechtigkeit – Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialökologie** soll endlich belebt werden. Dazu haben wir diese Rubrik begonnen, wo immer wieder Impulse dazu veröffentlicht werden sollen.*

Diesmal sind es Hinweise und Auszüge aus Veröffentlichungen – unterschiedliche Quellen zur gleichen Überschrift passend.

Über weitere Hinweise aus unserer Leserschaft würden wir uns freuen.

Im Blickpunkt: Perspektivenwechsel Dekolonisierung

von Martin Gück, aus dem letzten KAIROS Europa RUNDBRIEF Oktober 2025

https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2025/10/Kairos-Europa-Rundbrief-10_2025.pdf

In Auszügen zusammengefasst:

Materielle Ungleichheit ist ein dramatisches globales Schlüsselproblem unserer Zeit. Sie verstärkt soziale Ungleichheit und damit geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierungen und Spaltungen, untergräbt die Demokratie und trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zu einer Katastrophe auszuweiten droht.

In der Regel bleibt jedoch die Frage außen vor, wie es eigentlich zu der massiven ökonomischen Ungleichheit – vor allem im Blick auf die Kluft zwischen Globalem Norden und Globalem Süden – gekommen ist. Dazu ist die Einbeziehung dekolonialer Perspektiven unerlässlich.

Kolonialismus ist die Wurzel heutigen Überreichtums.

Diese Perspektiven zeigen historische Linien seit dem Kolonialismus auf und benennen sie als Ur-

sache der heutigen Ungleichheiten. Zudem können sie zur Transformation beitragen, indem sie auf notwendige Prozesse des gesellschaftlichen Lernens angestammter Einstellungen zu ungerechten Strukturen aufmerksam machen.

Die Quantität in der Vermögensverteilung schlägt inzwischen in Qualität um – extremer Reichtum verleiht ihren Besitzer*innen wirtschaftliche und politische Macht.

Aber die Länder des Globalen Südens erzielen erste Erfolge, z.B. bei Entwicklung einer globalen Steuerarchitektur.

Das existierende internationale Steuersystem wurde bisher allein in Reaktion auf die Interessen der reichen Nationen ausgestaltet – mit den weiterhin bekannten Folgen immenser Einnahmeverluste für die Staatskassen, insbesondere im Globalen Süden. Angestrebt wird etwa die (Mindest-) Besteuerung multinationaler Konzerne, Steuertransparenz und die globale Besteuerung von Offshore-Vermögen.

Auch Vermögens- und Erbschaftsteuer werden bearbeitet.

„In den kommenden Jahren steht die größte Vermögensübertragung in der Geschichte der Menschheit bevor; dieser Transfer hat wenig mit Leistung zu tun und wird kaum besteuert (lt. Oxfam besteuern zwei Drittel aller Länder Erbschaften an direkte Nachkommen überhaupt nicht)“

Chinas Welthunger

von Jens Mühling aus der ZEIT Nr. 47/2025

Mit entschlossener Industriepolitik soll die zentrale Weltstellung zurückerobert werden, die China vor seinem erniedrigenden Abstieg im 19. und 20. Jahrhundert zukam.

Diese Vorgeschichte schwingt stets mit, wenn China und der Westen über Handelsfragen streiten. ... (Gedanken an) historische Präzedenzfälle, die in China bis heute deutlich präsenter sind als im Westen.

Unfaire Wirtschaftspolitik

Ihr wollt, entgegnet man in China auf solche Vorwürfe, mit uns über unfaire Wirtschaftspolitik reden? Dürfen wir euch die Opiumkriege ins Gedächtnis rufen, mit denen im 19. Jahrhundert das britische Empire seine Handelsinteressen durchsetzte? Ungezählte Chinesen wurden gezielt in die Drogensucht getrieben, weil die britische Handelsmarine durch Opiumverkäufe ihr Exportgeschäft mit chinesischem Tee finanzierte. Als Chinas Kaiserhof den ruinösen Drogenhandel untersagen wollte, setzten die Briten ihre Rechtsvorstellung mit Kanonenbooten durch – und annektierten nebenbei ein paar Hafenstädte, was andere europäische Kolonialmächte ihnen bald nachtaten, darunter das deutsche Kaiserreich.

Chinas Industriepolitik von heute dient aus dieser Perspektive der Rückeroberung einer Weltstellung, die dem Reich der Mitte gewaltsam entrissen wurde. Ungerne lässt man sich dabei über Spielregeln belehren, an die sich der Westen aus chinesischer Sicht erst zu halten begann, als die weltwirtschaftlichen Pfründen längst zu eigenen Gunsten verteilt waren.

Perspektivenwechsel

ist diesen beiden Impulsen gemeinsam. Gerechtigkeit können wir nur erreichen, wenn wir uns auch in die andere (gegenerische) Position versetzen und auch die Geschichte berücksichtigen.



Der Rat der EKD verliert die friedensethische Diskurshoheit

(ThN) Es war so schön geplant: Bericht über die Arbeit der Friedenswerkstatt und Vorstellung der Friedensdenkschrift des Rates, danach Aussprache und dann Pressekonferenz zur Vorstellung der Denkschrift. So lautete der Tagesplan der Synode der EKD für den 10.11. Keine Abstimmung über die Denkschrift durch die Synode, es ist nicht die Friedensdenkschrift der Synode, es ist die Friedensdenkschrift des Rates der EKD. Es war auch schlaugelant, im Redaktionsteam war der Friedensbeauftragte nicht eingeplant. Der Plan war also, im kleinen Kreis die friedensethischen Dinge wieder im staatlichen Sinne zu Recht rücken und damit den Diskurs in der evangelischen Kirche bestimmen.

Doch man hatte sich verrechnet. Die Denkschrift wurde geleakt, wie man sagt, und als die Pressekonferenz am 10.11. lief waren bereits drei ausführliche kritische Stellungnahmen fertig, von der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung, von der AGDF und vom Kreis, der auf dem Kirchentag das Friedenszentrum getragen hat („Initiative Christlicher Friedensruf“).

Im Nachgang zur Veröffentlichung haben sich zu diesen drei Stellungnahmen noch viele andere kritische Rezensionen eingefunden. Nachlesen kann man all diese lesenswerten Stellungnahmen unter <https://friedens-theologie-institut.jimdofree.com/praxisfelder/kritik-an-ekd-denkschrift/>

Wer wissen will, was evangelische Friedensethik ist, ist damit nicht mehr auf den Rat der EKD angewiesen.

Im Folgenden ein paar Zitate aus diesem breiten Spektrum fundierter Kritik an dem, was der Rat der EKD für Friedensethik hält:

„Der Vorstand der Bonhoeffer-Niemöller-Stiftung nimmt die (...) friedensethische Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erschüttert zur Kenntnis. Das Ziel, die Institution des Krieges aus der internationalen Politik zu entfernen, ist aufgegeben. Damit fällt das Ratspapier hinter die Charta der Vereinten Nationen und hinter den aktuellen friedensethischen Diskurs zurück.“

„Der Friedenspredigt Jesu fühlt sich das Ratspapier zwar verpflichtet, verschiebt die Hoffnung auf Frieden aber auf ein jenseits der Zeit gedachtes mythisches Reich Gottes. Gott wird es dann schon richten, solange aber die Sünde in der Welt ist, darf der Mensch weiter feste Gewalt anwenden. Damit wird der Krieg dem Wesen des Menschen zugeordnet, anthropologisiert, statt ihn als eine zu überwindende gesellschaftliche Umgangsform zu begreifen und damit als überwindbar zu verstehen.“ (...)

„Die Autor:innen erliegen dem Mythos der erlösenden Gewalt und können sich nicht zwischen der Nachfolge der gelebten Friedenspraxis Jesu und einem aus der Zeit gefallenem Staatskirchentum entscheiden.“ Die Verniedlichung des christlichen Pazifismus als „Ausdruck gelebter Frömmigkeit“ beleidigt die Menschen, die friedensethisch fundiert und wissenschaftlich informiert politische Impulse für eine friedenslogisch praktikable Sicherheitspolitik geben.“

Die „Initiative Christlicher Friedensruf“ betont: „Die biblische Botschaft vom Gewaltverzicht spricht schon immer und gerade in diese unerlöste Welt. Gegen ihre Gewalt fordert Jesus den Verzicht darauf, diese mit ihren Mitteln zu erwidern. Mit dem



Gewaltverzicht verbindet er die Feindesliebe, die er selbst konsequent gelebt hat, bis zu seinem Tod am Kreuz. Zu dieser finden sich in der Denkschrift allerdings kaum Überlegungen. Jesuanischer Pazifismus fordert uns als christliche Kirche in seiner Radikalität immer wieder heraus. Er darf weder marginalisiert noch individualisiert oder für sicherheitspolitisch irrelevant gehalten werden. Eine christliche Friedensethik, die den Anspruch hat, am Primat der Gewaltfreiheit festzuhalten, muss ernsthaft alle Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktprevention und -bearbeitung ausloten und sie angesichts gegenwärtiger Bedrohungen in die öffentliche Diskussion einbringen.“

Und die Versöhnungsbund-Gruppe Magdeburg betont in einem offenen Brief an den Friedensbeauftragten der EKD: „Wir sagen als evangelische und katholische Christen ein klares „Ja“ zur Waffenverweigerung als dem „deutlicheren Zeugnis des gegenwärtigen Friedensgebots unseres Herrn“ und unterstützen alle, die diesen Weg gehen. Wir vermischen die Anerkennung, dass gerade diese Grundentscheidung für zivile und gewaltfreie, hier pazifistisch bezeichnete, Friedensarbeit universale Bedeutung hat.“

Drei theologische Einsprüche zur Denkschrift des Rates der EKD

(ThN) Im Folgenden zur Auseinandersetzung mit der neuen Friedensdenkschrift zunächst zwei alte Textstücke, entnommen der epd-Dokumentation Nr. 34-35 „Aufgabe und Weg: Kirche des gerechten Friedens werden“ vom 22.08.2017. Der Rat der EKD scheint ein wenig beratungsresistent, diese Einwände von 2017 (!) sind in keiner Weise ernst genommen worden. Ebenso wenig ernst genommen wurde die internationale katholische Position, für die hier beispielhaft Papst Leo XIV steht.

„Der Einsatz von Gewalt als letztem Mittel nimmt eine Relativierung von Jesu Weg der Gewaltlosigkeit in Kauf. ‚Das Zentrum des eigenen Glaubensbekenntnisses – die Erlösung in Christus selbst – wird in Frage gestellt, wenn die Unerlöstheit dieser Welt als Argument für das unerlöste Handeln der Christen ins Feld geführt wird‘... Wer militärische Gewalt als Mittel der Politik aus ethisch begründeten Motiven für notwendig hält, bleibt letztlich in der Logik der Gewalt gefangen – mit all ihren Konsequenzen. Hier gilt es, neue Handlungsfelder zu entdecken, die sich an Jesu Lehre und Praxis, die in der Bergpredigt gründen, orientieren. Denn Gewaltlosigkeit bedeutet nicht Tatenlosigkeit.“

*aus dem Friedenswort der
Evangelisch-methodistische
Kirche in Deutschland (EmK)*

„Die Unerlöstheit der Welt legitimiert gerade nicht unser unerlöstes Handeln, sondern fordert gerade das erlöste Handeln der Christen heraus. Kein Zweifel: Diese Welt harret noch ihrer Vollendung, der Neuschöpfung durch die Gnade Jesu Christi. Aber die, die tatsächlich an die geschehene Erlösung in Christus glauben, partizipieren bereits an dieser erlös-

ten Wirklichkeit, die mit Christus in die Welt kam, um diese zu transformieren. Wer die Unerlöstheit der Welt zum Argument nutzen will, ein unerlöstes Leben als Christ zu führen, stellt damit nicht weniger als die Erlösung in Christus selbst in Frage. Dass wir mit der Realität des Bösen konfrontiert sind, dass wir – als diejenigen, die die Erlösung glauben – mitten in diese Welt gestellt sind, dafür ist uns das Kreuz Christi das eindrucklichste Zeichen. So wie Jesus dem Bösen der Welt nicht ausgewichen ist, so können auch wir ihm nicht ausweichen. Daraus wird aber kein Argument, das Töten zu lernen, sondern wächst ja gerade Herausforderung, das eigene Erlöstsein mitten in den Konflikten dieser Welt zu bezeugen – so bruchstückhaft und kläglich wie das auch immer gelingen mag. Das ist die Verantwortung, von der hier zu reden ist. Es ist ein Festhalten an der zugesagten und im Christusgeschehen vollbrachten Gnade Gottes, die uns zu einem solchen Zeugnis von der Wahrheit der Erlösung befreit. Gerade die unerlöste Welt braucht dieses leuchtende Zeugnis der Kirche – niemals umgekehrt: kirchliches Handeln und Argumentieren geleitet zu wissen vom Dunkel der unerlösten Welt.“

*Fernando Enns,
mennonitischer Theologe*

„Die Welt dürstet nach Frieden: Sie benötigt eine echte und gefestigte Epoche der Versöhnung, die dem Machtmissbrauch, der Zurschaustellung von Stärke und der Gleichgültigkeit hinsichtlich des Rechts ein Ende setzt. Es ist genug mit den Krie-



gen, mit ihren leidvollen Häufungen von Toten, Zerstörungen und Vertriebenen! (...) Die Kultur der Versöhnung wird die derzeitige Globalisierung der Ohnmacht überwinden, die uns zu suggerieren scheint, dass eine andere Geschichte unmöglich ist. Ja, Dialog, Verhandlungen und Zusammenarbeit können die Spannungen, die in Konfliktsituationen entstehen, angehen und lösen. Sie müssen dies tun! Es gibt die dafür geeigneten Orte und Personen. »Kriege zu beenden ist eine unaufschiebbare Pflicht aller politischen Verantwortungsträger vor Gott. Frieden ist die oberste Priorität jeder Politik. Gott wird jeden, der den Frieden nicht gesucht oder Spannungen und Konflikte geschürt hat, für alle vergangenen Tage, Monate und Jahre, [...], zur Rechenschaft ziehen!« Dies ist der Appell, den wir als Religionsführer von ganzem Herzen an die Regierenden richten. Wir geben dem Friedenswunsch der Völker Ausdruck. Wir machen uns zur Stimme derer, die nicht gehört werden und keine Stimme haben. Wir müssen den Frieden wagen! Und falls die Welt für diesen Appell taub sein sollte, sind wir sicher, dass Gott unser Gebet und die Klagen so vieler Leidender erhören wird. Denn Gott will eine Welt ohne Krieg. Er wird uns von diesem Übel befreien!

(Papst Leo XIV, 28.10. 2025)



Zur aktuellen Entwicklung in Israel und Palästina

Von Clemens Ronnefeldt

Mit dem 7. Oktober 2023, dem Überfall von Hamas- und anderer dschihadistischer Kämpfer auf Israel, begann eine Dynamik, die seit mehr als zwei Jahren alle Staaten der Region erfasst hat. Die Zündung von Pagern von Hizbollah-Vertretern im Libanon, die Tötung von deren langjährigem Chef Hassan Nasrallah, die weitgehende Zerstörung des militärischen Potentials der Hizbollah im Libanon, die Angriffe in Syrien auf syrische und iranische Militäreinrichtungen, im Jemen auf Huthi-Rebellen sowie der 12-Tage Krieg mit dem misslungenen Versuch der Zerstörung iranischer Atomanlagen haben die von Iran angeführte antiisraelische „Achse des Widerstands“ extrem geschwächt.

Eine neue Dynamik brachte der israelische Angriff auf Hamas-Vertreter in Katar, die nur wenige Kilometer von der us-amerikanischen Luftwaffenbasis Al-Au-Daid bombardiert wurden und die eigentlich Friedensverhandlungen mit der israelischen Regierung führen sollten. Mit dieser Aktion hatte die israelische Regierung aus Sicht der Trump-Administration eine rote Linie überschritten, weshalb der US-Präsident beim Besuch Netanjahus in Washington vor laufender Kamera eine Entschuldigung des israelischen Premiers bei der Regierung von Katar einforderte. Die US-Regierung von Präsident Donald Trump ist wegen eigener wirtschaftlicher Interessen in der arabischen Welt über diesen Angriff in hohem Maße erzürnt gewesen.

Seit Iran und Hizbollah im Libanon als Unterstützer der Hamas ausfallen, ist die Bedeutung von Katar und der Türkei als Unterstützer für die Hamas stark gestiegen. Eine Initiative von Saudi-Arabien und Frankreich

schaffte es, dass Donald Trump mit 57 Regierungschefs aus arabisch-islamischen Staaten gesprochen hat – was ihn offenbar beeindruckte. Die Vereinigten Arabischen Emirate kündigten an, das Abraham-Abkommen auszusetzen, sollte die israelische Regierung Teile des Westjordanlandes annektieren. Dieses Abkommen der gegenseitigen Anerkennung arabischer Staaten mit Israel möchte der US-Präsident unter allen Umständen erhalten.

Schwenk der US-Regierung

Nachdem der US-Präsident über seinen eigenen social media Kanal ein bizarres KI-generiertes Video verbreitete, das ihn zusammen mit Benjamin Netanjahu im Liegestuhl am Strand des Gazastreifens vor einem Trumptower zeigte, rückte der US-Präsident offenbar von dieser Vision der Kontrolle des palästinensischen Gazastreifens durch USA und Israel ab – und wollte einen Deal mit Freilassung der Geiseln, Ende der israelischen Angriffe und dem Ende der Vertreibungen.

Der 20 Punkte Plan

Die wichtigsten Punkte des von Donald Trump vermittelten sogenannten „20-Punkte-Friedensplanes“ zwischen der israelischen Regierung und der Hamas waren die Freilassung der israelischen Geiseln, der Rückzug des israelischen Militärs hinter eine definierte Linie und das Ende der Kampfhandlungen sowie die Überstellung der toten Geiseln an die israelischen Behörden.

In einer zweiten Phase sollte die Hamas entwaffnet werden, die allerdings ihre Waffen nicht abgeben möchte – und stattdessen in einer Machtdemonstration öffentlich Kollaborateu-

re mit der israelischen Besatzungsmacht hingerichtet hat.

Streitpunkte des 20-Punkte-Plans in Phase 2

Im Friedensplan hat die Hamas zugestimmt, dass sie lediglich ihre offensiven Waffen abgibt, nicht aber, dass sie sich selbst auflöst. Die Hamas hat auch zugestimmt, eine palästinensische Technokraten-Verwaltung zuzulassen, in der sie selbst keine Rolle mehr spielt. Ganz offenbar gibt es aber weiterhin Kräfte der Hamas, die gerne im Hintergrund weiterhin Machtfäden in der Hand halten möchten. Diese Unschärfen machen aktuell einen großen Teil der Schwierigkeiten bei einem Neuanfang im Gazastreifen aus (1).

Was im Friedens-Abkommen fehlt, ist eine Aufgabenbeschreibung und Rolle der palästinensischen Autonomiebehörde als Alternative zur Hamas im Gazastreifen, die z.B. Polizeiaufgaben übernehmen könnte. Die Hamas erholt sich aktuell von Angriffen und wird vermutlich nicht bereit sein, die Macht nach einer Rückkehr der säkular ausgerichteten Fatah zu teilen, die im Westjordanland das Sagen hat.

Nach dem Wahlsieg der Hamas im Gazastreifen 2006 hatte die israelische Regierung die Fatah und deren für den Gazastreifen zuständigen Chef Mohammed Dahlan unterstützt, im Dezember 2006 mit 20 000 ägyptischen Gewehren auf LKWs, die aus Ägypten in den Gazastreifen an die Fatah geschmuggelt werden sollten, die von der Hamas gewonnenen Wahlen zugunsten der Fatah umzukehren (2). Die Hamas entdeckte das Vorhaben und verhinderte einen Fatah-Putsch, der mit viel Blutvergießen endete. Dahlan musste da-



raufhin 2007 fliehen – seitdem dominiert die Hamas den Gazastreifen – zusammen mit einigen dschihadistischen Splittergruppen.

Die IMEEC-Initiative

Beim G 20-Gipfel im September 2023 wurde der India-Middle East-Europe Economic Corridor (IMEEC, deutsch: Wirtschaftskorridor Indien-Nahost-Europa, auch IMEC abgekürzt) vereinbart. Durch dieses Projekt sollen Infrastrukturen für den Waren- und Energietransport sowie die Datenkommunikation verbessert werden. Indien, mehrere andere asiatische Staaten, darunter auch die des Persischen Golfs, sowie die Europäische Union und die USA haben sich auf dieses Abkommen verständigt. Es soll den Handel zwischen Indien, der Region Westasien und den EU-Staaten um 40 Prozent beschleunigen und das Wachstum und die Integration mehrerer asiatischer Länder verbessern.

Die Absichtserklärung sieht die Errichtung einer direkten Eisenbahn- und Schifffahrtsverbindung zwischen den beteiligten Staaten sowie einen Ausbau von Stromnetzen, Energieprojekten – u.a. eine Wasserstoffpipeline zwischen Israel und Europa – und Hochgeschwindigkeitsdatenkabeln zwischen Asien, Westasien und Europa vor.

Die IMEEC-Initiative wurde als Reaktion auf die chinesische Initiative einer Neuen Seidenstraße initiiert. Von der EU wird das Projekt mit 300 Milliarden Euro teilfinanziert. (3)

Israel wird bei diesem Projekt eine wesentliche Rolle spielen, denn über noch zu bauende Eisenbahnlinien von den Vereinigten Arabischen Emiraten soll der Warenstrom in Zukunft über Israel nach Europa fließen. Dazu braucht die Region allerdings Stabilität.

Der Plan Ägyptens

Bereits im März 2025 hat die Regierung Ägyptens bei einem Gipfeltreffen in Kairo einen Wiederaufbauplan für den Gazastreifen vorgelegt. Neben Häusern für rund 3 Millionen Menschen soll im Gazastreifen auch ein Flughafen sowie ein Seehafen entstehen. Die Kosten für den Wiederaufbau gemäß des 90-seitigen Plans wurden von den Staats- und Regierungschefs aus 20 Ländern auf rund 50 Milliarden US-Dollar geschätzt. Die Arabische Liga unterstützte diesen Plan, der bei seiner Veröffentlichung auch als Alternative zur Vision der beiden Präsidenten Trump und Netanjahu einer Gaza-Riviera ohne palästinensischer Bevölkerung gesehen wurde.

Sollte die Hamas dauerhaft von der Macht im Gazastreifen entfernt bleiben, würden sich die Chancen einer Umsetzung dieses Plans erhöhen. (4)

Fazit:

Weder die israelische Regierung noch die Hamas haben dem 20-Punkte-Plan in seiner Gesamtheit bisher zugestimmt. Beide haben sich auf die erste Phase und deren Umsetzung geeinigt, über die zweite Phase werden neue Verhandlungen zu führen sein.

Im Oktober 2026 sind Neuwahlen in Israel angesetzt, bei denen Benjamin Netanjahu wieder antreten möchte. Die Alternative zu seiner Wiederwahl als Premier wären vermutlich langwierige Gerichtsverhandlungen, bei denen er und seine Frau Sarah sich wegen Korruption verantworten müssten mit dem Risiko einer Verurteilung.

Deutschland könnte durch die Anerkennung Palästinas sich einer weltweiten Dreiviertelmehrheit aller Staaten dieser Erde anschließen, die diesen Schritt bereits vollzogen haben. Dadurch bekäme die palästinensische Autonomiebehörde Rücken-

deckung, die sie dringend benötigt, um eine Annexion des Westjordanlandes zu verhindern.

Mitglieder der aktuellen Bundesregierung wie auch deren Vorgänger könnten sich möglicherweise noch vor Gericht dafür zu verantworten haben, mutmaßlich einen Genozid im Gazastreifen durch Waffenlieferungen unterstützt zu haben. (5)

Neben der Unterstützung von gemeinsamen israelisch-palästinensischen Friedensinitiativen wie „Standing together“ oder „Combatants for Peace“ wäre aus Deutschland die Unterstützung der Arbeit von Medico International wichtig, deren Mitarbeiter*innen nach wie vor im Gazastreifen versuchen, das immense menschliche Leid vor Ort zu lindern.

(1) <https://www.swp-berlin.org/publikation/neuanfang-in-nahost-warum-mit-dem-gaza-friedensplan-noch-kein-ende-des-konflikts-insicht-ist>

(2) Vgl: Süddeutsche Zeitung, 7.3.2008, „Feinde schaffen mit Waffen“.

(3) <https://de.wikipedia.org/wiki/IMEEC>

(4) <https://www.spiegel.de/ausland/gaza-aegypten-legt-plan-fuer-wiederaufbau-des-gazastreifens-vor-a-97afa5ab-c090-41ff-bd01-91f73a2ffe8b>

(5) Vgl. dazu: https://www.ipg-journal.de/regionen/naher-osten/artikel/wie-lange-noch-8431/?utm_campaign=de_40_20250729&utm_medium=email&utm_source=newsletter



NATO trainiert Atomkrieg über der Nordsee

von Martin Singe



Über 150 Friedensbewegte demonstrierten am 11. Oktober bei herbstlichem Wetter erst vor dem Fliegerhorst Nörvenich und – nach einem Demozug – auf dem Schlossplatz des kleinen Ortes gegen das Atomkriegsmanöver der NATO, das am 13. Oktober 2025 beginnen sollte. Von deutscher Seite würden nuklearfähige Tornados, die derzeit in Nörvenich stationiert sind, und Eurofighter am Manöver teilnehmen. Insgesamt waren an der bis Ende Oktober durchgeführten Übung rund 2.000 Soldaten mit über 70 Militärflugzeugen aus 14 NATO-Staaten beteiligt. Bei der Übung wird trainiert, Atombom-

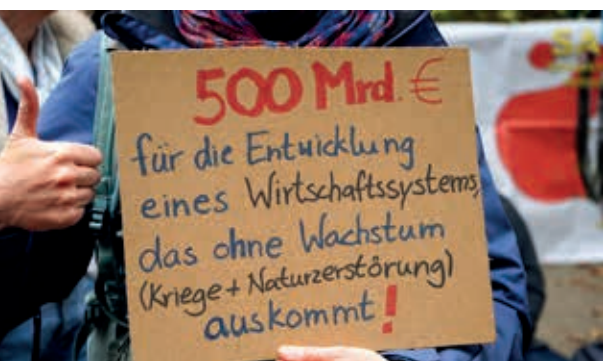
ben an die Kampfflugzeuge zu montieren und auf gegnerische Ziele abzuwerfen. In Deutschland sind auf dem Fliegerhorst Büchel/Eifel etwa 15 US-Atombomben gelagert, deren Abwurf durch die Bundeswehr bei den Manövern geübt wird. NATO-Generalsekretär Rutte hatte vorab betont, dass das Manöver zeige, dass die NATO im Ernstfall auch bereit sei, sich mit Nuklearwaffen zu verteidigen.

Am Fliegerhorst, der trefflicher Kriegsflugplatz genannt wird, fand ein Demo-Auftakt mit kurzen Redebeiträgen, Textvorträgen von Hibakusha-Überlebenden und Beiträgen eines Gesangs-Duos statt. Heiner Krüger von der Dürener Friedensgruppe wies auf die Nazi-Tradition des Boelcke-Flugplatzes und seine heutige Bedeutung hin. Eindrucksvoll gestaltete sich ein Die-In – die Umrahmungen der symbolischen Opfer blieben als Zeichen unseres Protests zurück. Der bunte Demozug, be-

gleitet mit Musik, Parolen, und Friedensfahnen, endete am Schlossplatz.

Die Kundgebung wurde diesmal in Form einer Talk-Runde abgehalten. Hildegard Slabik-Münter berichtete von der Situation in Büchel, wo in Kürze neue F-35-Atombomber und neue, zielgenauere B61-12 US-Atombomben stationiert werden sollen. Die Umbaukosten dafür belaufen sich inzwischen auf über 2 Milliarden Euro. Uwe Trieschmann von den Ärzten gegen Atomkrieg betonte, dass es im Atomkrieg keine Hilfe mehr geben könne, sondern nur die Verhinderung jeden Atomkriegs einen Ausweg biete. Regina Hagen gab Erläuterungen zum Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen und zu dem neuen UN-Atomwaffenverbotsvertrag als Zielperspektive. Chris Danowski von den Catholic Workers berichtete von einer Demo Ende September am Atombombenstationierungsort Kleine Brogel/Belgien und der bevorstehenden Aktion Mitte Oktober in Volkel/NL. Belgien und die Niederlande gehören neben Italien, der Türkei und Deutschland zu den direkten „nuklearen Teilhabestaaten“ in der NATO.

Das mitveranstaltende Aktionsbündnis „atomwaffenfrei.jetzt“ hatte vorab in einer Pressemitteilung gefordert: „Jeglicher Einsatz von Atomwaffen ist mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar. Deshalb dürfen solche Einsätze auch nicht trainiert werden. Das Bundesjustizministerium kennzeichnet jede Anwendung von Atomwaffen als Kriegsverbrechen. Die Bundeswehr darf keine Kriegsverbrechen üben und muss die Beteiligung an diesem Manöver absagen!“



Übrigens weichen die Ministerien der Frage, wie denn das Trainieren von Kriegsverbrechen mit dem Völkerrecht zu vereinbaren sei, systematisch aus. Das Justizministerium antwortet, es sei nicht zuständig, sondern das Verteidigungsministerium. Dieses behauptete in einer ersten Antwort, Atomwaffen seien nur zur Abschreckung und Kriegsverhinderung da. Auf präzisere Nachfrage, dass Abschreckung nur mit Einsatzbereitschaft funktioniere und wie ein Einsatz denn mit dem humanitären Völkerrecht korrespondieren könne, wurde geantwortet, dass die erste Antwort abschließend gewesen sei. Man scheut also das Völkerrecht wie der Teufel das Weihwasser!

Die Proteste gegen Atomwaffen werden in 2026 weitergehen. Schon im Januar ist Gelegenheit anlässlich des 5. Jahrestages des Inkrafttretens des Atomwaffenverbotsvertrags. Und am 8. Juli wird das IGH-Gutachten, das Androhung und Einsatz von Atomwaffen für generell völkerrechtswidrig eingestuft hat, 30 Jahre alt. Zudem findet in 2026 die Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag statt.



widrig eingestuft hat, 30 Jahre alt. Zudem findet in 2026 die Überprüfungs-konferenz zum Nichtverbreitungsvertrag statt.

Martin Singe ist Mitglied bei pax christi Bonn und Sprecher des Aktionsbündnisses „atomwaffenfrei.jetzt“

Eine Fotoserie des Netzwerk Friedenskooperative zur Demo findet sich hier: <https://www.flickr.com/photos/atomwaffenfrei-jetzt/albums/72177720329609982>



Die Stunde der Wahrheit: Glaube in Zeiten des Völkermords



(ThN) Mit Datum 14.11.2025 ist ein sehr lesenswertes (und sicher erneut für Kontroversen sorgendes) Kairos Palästina Dokument 2.0 veröffentlicht worden. Wir dokumentieren hier Einleitung und Schluss dieser Stimme palästinensischer Christen, die sich erneut klar für einen gewaltfreien Weg des Widerstands aussprechen.

§1 Wir, die palästinensisch-christliche ökumenische Initiative, haben 2009 das Kairos-Palästina-Dokument ver-

öffentlicht – „Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus dem Herzen des palästinensischen Leidens“. Die Oberhäupter der Kirchen in Jerusalem hörten diesen Ruf, begrüßten ihn und boten ihre Unterstützung an. Ebenso fand das Dokument sowohl lokal als auch international große Resonanz. Damals wie heute versammelten wir uns – Frauen und Männer, Geistliche und Laien – aus den verschiedenen Kirchenfamilien

Palästinas. Nach Gebet und Besinnung über das Leiden unseres Volkes unter der Besatzung veröffentlichten wir diesen Schrei der Hoffnung in einer Zeit der Hoffnungslosigkeit und bekräftigten unseren Glauben an Gott und unsere Liebe zu unserem Heimatland, überzeugt davon, dass es in unserem Kampf letztlich um menschliches Leben und Würde geht.



§2 Wir leben heute in einer Zeit des Völkermords, der ethnischen Säuberung und der Zwangsumsiedlung, die sich vor den Augen der Welt abspielen. Diese Stunde verlangt von uns eine neue Haltung, eine Haltung, die sich von allen bisherigen unterscheidet. Es ist sowohl ein entscheidender Moment als auch ein Moment der Wahrheit. Heute erneuern wir unsere Haltung für die Wahrheit und unser Bekenntnis zu grundlegenden religiösen, theologischen und moralischen Prinzipien. Wir betrachten unsere Realität und beziehen erneut Stellung, indem wir auf die Stimme des Heiligen Geistes in unserem Innersten hören und dem Ruf des Glaubens in dieser Zeit des Völkermords folgen. Wir erneuern unsere Botschaft des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe – und bieten eine vom Glauben inspirierte Vision für die Zeit nach dem Völkermord.

4.3 Unser Ziel ist es, als Söhne und Töchter Gottes in unserer Heimat ohne Barrieren, Mauern, militärische Besatzung und Apartheid zu leben – sondern in einer Welt, in der Gerechtigkeit, Fairness und Gleichheit herrschen. Wir stellen uns eine Zukunft vor, in der unsere Welt frei von Krieg, Tod, Sektierertum und Tribalismus ist, in der das Wort der Wahrheit über dem Wort der Macht steht, zu der Legitimität, Frieden und Gerechtigkeit gehören. Wir schöpfen unsere Hoffnung aus dem Wort Gottes und aus dem lebendigen Glau-

ben in unseren Herzen und weigern uns, die Gestaltung der Zukunft den Stimmen des Extremismus, des Kolonialismus und der Vorherrschaft zu überlassen.

4.4 Wir bekräftigen unsere Ablehnung eines religiösen Staates, da dieser den Staat in enge Grenzen zwingt, einen Bürger gegenüber einem anderen bevorzugt und Menschen ausgrenzt

und diskriminiert. Unsere Hoffnung gilt einem zivilen, demokratischen Staat, der auf einer Kultur des Pluralismus – nicht auf numerischer Dominanz – basiert und die Güte und den Wert jedes Menschen anerkennt, der zu diesem Land gehört. Eine solche Kultur, die im Gebot der Liebe verwurzelt ist, verpflichtet uns, jeder Form von Extremismus und Rassismus in unserem Land – das so reich an Vielfalt seiner Völker, Kulturen und Religionen ist – entgegenzutreten, auf der Grundlage der Gleichheit vor dem Gesetz und der vollen Staatsbürgerschaft.

4.5 Aus dem Herzen des Schmerzes, des Völkermords und der Vertreibung erheben wir diesen Schrei – einen prophetischen Schrei der Standhaftigkeit. Wir erklären unsere Verpflichtung, uns auf der Grundlage unserer gemeinsamen Menschlichkeit für das Wohl dieses Landes und der gesamten Menschheit einzusetzen, bis zu dem Tag, an dem wir gemeinsam mit allen Bewohnern dieses Landes in wahren Frieden und Versöhnung leben, gegründet auf Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Geschöpfe Gottes, wo Barmherzigkeit und Wahrheit sich begegnen und Gerechtigkeit und Frieden sich küssen (Psalm 85,10).



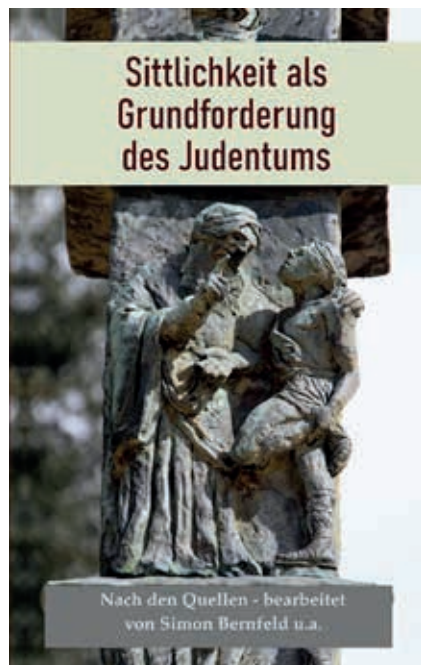
**Newsletter Rabbis For Human Right
21.11.2025:**

Diese Woche reisten wir in das Dorf Jaba' im Westjordanland, wo die Bewohner eine weitere Nacht des Terrors durch jüdische Terroristen erdulden mussten. Häuser wurden angegriffen, Eigentum wurde verbrannt, und Familien flohen in Sicherheit, während die Behörden tatenlos zusahen. Als wir ankamen, war die Angst im Dorf noch immer spürbar – zerbrochenes Glas, versengter Boden und Kinder, die nicht geschlafen hatten. Wir kamen, um Zeugnis abzulegen, zuzuhören und eines ganz klar zu machen: Wir werden immer wieder zurückkehren, um den Opfern des jüdischen Terrors beizustehen. Wir sind rund um die Uhr mit jüdischem Terror konfrontiert und mit einer Regierung, die nicht nur mitschuldig ist, sondern diese unerbittlichen Angriffe auf palästinensische Gemeinden sogar aktiv ermöglicht. Unsere Anwesenheit ist unverzichtbar – um die Familien zu unterstützen, die sich weigern, ihr Land zu verlassen, um die Gewalt zu dokumentieren und um darauf zu bestehen, dass jeder Akt des Hasses auf moralischen Widerstand stößt. Rabbis for Human Rights wird weiterhin vor Ort sein – in Jaba' und überall dort, wo Menschen unter Bedrohung leben –, bis Gerechtigkeit, Sicherheit und Gleichheit für alle gewährleistet sind, die dieses Land ihre Heimat nennen.



Neues aus der Schalom-Bibliothek

Unter dem Reihentitel „shalom-bibliothek“ Pazifisten & Antimilitaristen aus jüdischen Familien“ hat Peter Bürger erneut zwei Bände herausgebracht. Zum einen:



Simon Bernfeld: Sittlichkeit als Grundforderung des Judentums. Nach den Quellen: Gleichheit aller Menschen, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Frieden, Universalismus. (= edition pace 38) 220 Seiten, 9,99 Euro

Am Ende seiner Einleitung zu diesem Quellenband rabbinischen Judentums schreibt Peter Bürger: „Morallehren werden die Welt kaum retten, doch sie zeugen von einer Menschheit, die (noch) gerettet werden könnte ... Die offene Verachtung aller ethischen Grundlagen, die in unseren

Tagen auf zahllosen massenmediale Kanälen zur Schau gestellt wird, ist Vorbote einer neuartigen Barbarei jenseits unseres Vorstellungsvermögens. Viele rabbinische Überlieferungen enthalten hingegen kräftige Nahrung für eine Anwaltschaft des Lebens – und sie mehren – trotz aller Abgründe der Spätgeschichte des homo sapiens – schon beim Lesen unsere Freude, ein Menschenantlitz zu tragen.“

Anwaltschaft des Lebens, das ist eine gute Überleitung zu einem weiteren Buch, das jüngst erschienen ist:



Rosa Luxemburg: „Nein, auf unsere Brüder schießen wir nicht!“ Der Militarismus als kapitalistische Krankheit. Herausgegeben von Bruno Kern

no Kern. (= edition pace 39) 192 Seiten, 9,99 Euro

Auch dieses Buch ist ein Quellenband, der wichtige Texte von Rosa Luxemburg wieder zugänglich macht und zeigt, was Deutschland verloren hat, als diese Stimme zum Schweigen gebracht wurde. Man wundert sich so manches Mal beim Lesen, wie aktuell diese Texte gerade heute sind: „Heute erhitzen sich dieselben Staatsmänner und dieselben Parlamente für ein kolonialpolitisches Abenteuer, das die Völker dicht an den Rand des Abgrundes eines Weltkrieges bringt, und der freisinnige Chor in Deutschland begeistert sich ebenso für dieses kriegschwangere Abenteuer wie früher für die Friedensdeklamationen. Dieser plötzliche Szenenwechsel zeigt wieder einmal, dass Abrüstungsvorschläge und Friedenskundgebungen der kapitalistischen Welt nichts anderes sind und sein können als gemalte Kulissen, die zuweilen in den Kram der politischen Komödie passen mögen, die aber zynisch auf die Seite geschoben werden, wenn das Geschäft ernst wird. Von dieser kapitalistischen Gesellschaft irgendwelche Friedenstendenzen erhoffen und im Ernst auf sie bauen wäre für das Proletariat die törichtste Selbsttäuschung, der es anheimfallen könnte.“

Man hat ja noch niemals versucht, den Krieg ernsthaft zu bekämpfen.

Man hat ja noch niemals alle Schulen und alle Kirchen, alle Kinos und alle Zeitungen für die Propaganda des Krieges gesperrt.

Man weiß also gar nicht, wie eine Generation aussähe, die in der reinen Luft eines gesunden und kampfesfreudigen, aber kriegsablehnenden Pazifismus aufgewachsen ist.

Das weiß man nicht.

Man kennt nur staatlich verhetzte Jugend.

*Kurt Tucholsky, aus:
Die Weltbühne, Jahrgang 27, Nr. 22,*





Margaret Fell (1614 - 1702) – oder Vom Rederecht der Frauen in geistlichen und politischen Dingen

(ThN) Die „Religiöse Gesellschaft der Freunde“, auch Quäker genannt gehen auf den Prediger George Fox im 17. Jahrhundert zurück, so heißt es weithin. Dieser George Fox aber hätte ohne Margaret Fell kaum solche Wirkung entfalten können. Verheiratet mit dem angesehenen Richter Fell, stellte sie ihr Haus, Swarthmore Hall, diesem Wanderprediger Fox als Basis zur Verfügung. Es entstand der geistige und organisatorische Mittelpunkt der frühen Quäkerbewegung. Doch Margaret Fell leistete noch viel mehr. Ihr Name steht als erster auf einer Petition von 7000 Quäkerfrauen gegen Eidesleistung. Und sie war es auch, die im Juni 1660 den Entwurf schrieb für einen Brief an den König von England, der als sogenanntes „Friedenszeugnis“

der Quäker in die Geschichte eingehen sollte (unterschrieben haben dann acht Männer....) Es gelang ihr wiederholt, persönlich mit dem englischen König zu sprechen und sich dabei für die Quäker einzusetzen. Ihre unbeugsame Haltung führte aber auch zu mehreren Gefängnisaufenthalten. Margaret Fell nutzt die Ruhe der Gefängniszelle fürs Schreiben „Woman's speaking“ Eine Schrift von 1666 geschrieben im Gefängnis zu Lancaster.

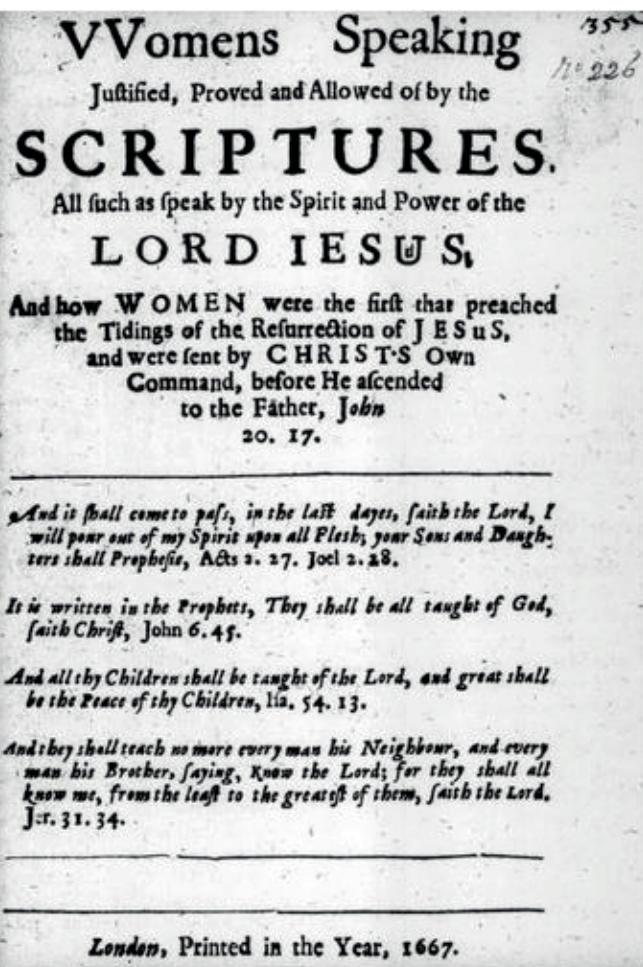
Auszüge aus „Woman's speaking“

Es ist aber ein Einwand in den Gemütern vieler gewesen, und etliche Male von dem Klerus, oder Geistlichen und andern, wider das Reden der Weiber in der Kirche, und so kann man folglich annehmen, dass sie verdammt sind, sich in die Sachen Gottes einzumischen: (...) will ich darlegen, wie Gott selbst seinen Willen und seinen Sinn in Bezug auf die Frauen und für die Frauen geäußert hat.

Und zuerst schuf Gott den Menschen nach seinem Bilde, nach dem Bilde Gottes schuf er sie, Mann und Frau, und Gott segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch: Dann sprach Gott: Siehe, ich gebe euch alles Gewächs, das Samen bildet auf der ganzen Erde, usw. Gen 1, 29. Hier vereinigt Gott sie nach seinem Bilde und macht nicht solche Unterscheidungen und Unterschiede wie die Männer; denn obgleich sie schwach sind, so ist er doch stark; und wie er dem Apostel sagte: Meine Gnade genügt dir; denn die Kraft wird in der Schwachheit vollendet, 2 Kor 12, 9. Und solche hat der

Herr erwählt, nämlich die Schwachen in der Welt, um die Starken zu verwirren; und die Verachteten hat Gott erwählt, um die Starken zu nichte zu machen, 1 Kor 1, 27. Und Gott hat keinen solchen Unterschied zwischen dem Männlichen und dem Weiblichen gemacht, wie die Männer es machen würden. (...)

Und so möge dies dazu dienen, jenen widerstrebenden Geist zu stoppen, der die Macht und den Geist des Herrn Jesus einschränken würde, dessen Geist auf alles Fleisch ausgegossen ist, sowohl auf Söhne als auch auf Töchter, jetzt in seiner Auferstehung; und da Gott, der Herr, bei der Schöpfung, als er den Menschen nach seinem Bilde schuf, machte er sie männlich und weiblich; und da Christus Jesus, wie der Apostel sagt, von einer Frau gemacht wurde und die Kraft des Höchsten sie überschattete und der Heilige Geist auf sie kam und das Heilige, das von ihr geboren wurde, Sohn Gottes genannt wurde, und als er auf der Erde war, offenbarte er seine Liebe, seinen Willen und seinen Sinn der Frau von Samaria und Martha und Maria, ihrer Schwester, und etlichen andern, wie gesagt ist; und auch nach seiner Auferstehung offenbarte er sich ihnen zuerst, ehe er zu seinem Vater aufzuh: Als nun Jesus auferstanden war, am ersten Tag der Woche, erschien er zuerst Maria Magdalena, (Mk 16,9). So hat der Herr Jesus sich selbst und seine Macht offenbart, ohne Rücksicht auf Person oder Stand. Alle, die versuchen, ihn einzuschränken, sollen verstummen, denn seine Macht und sein Geist sind unendlich und werden über alles Fleisch ausgegossen. (...)



Kriegsdienstverweigerung, Kirche und Pazifismus

Jahrbuch Friedenstheologie 2025

Das heißt, wer gegen die Kraft des Herrn und den Geist des Herrn, der in einer Frau spricht, nur wegen ihres Geschlechts oder weil sie eine Frau ist, spricht, ohne den Samen, den Geist und die Kraft zu beachten, die in ihr sprechen, der spricht gegen Christus und seine Kirche und spricht aus dem Samen der Schlange, in der die Feindschaft verankert ist.

Aus dem Brief an den König (Friedenszeugnis)

„Wir lehnen alle äußerlichen Kriege und Streitigkeiten, die mit äußerlichen Waffen ausgetragen werden, ganz und gar ab, gleichgültig für welchen Zweck und unter welchem Vorwand auch immer sie geführt werden. Dies ist unser Zeugnis an die ganze Welt. Der Geist Christi, der uns führt, ist nicht wechselhaft, dass er uns einmal von einer Sache, als von etwas Üblem, abhalte, und ein anderesmal uns derselben Sache zuführe. Wir haben die Gewissheit und wir bekennen vor aller Welt, dass der Geist Christi, der uns der ganzen Wahrheit nahebringt, uns nie dazu bewegen wird, mit äußeren Waffen gegen irgend jemand Krieg zu führen, weder für das Reich Christi, noch für eins der Reiche dieser Welt. So können wir auch nicht das Kriegführen lernen.“

Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.): Kriegsdienstverweigerung, Kirche und Pazifismus. Jahrbuch Friedenstheologie 2025. Hamburg: Bod 2025. [ISBN 978-3-6951-1095-7; Paperback; 300 Seiten; 13,99 Euro]

Soeben ist das vierte Jahrbuch des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie (OekIF) erschienen. Es dokumentiert Beiträge der Sommerseminare 2023 und 2024, die unter den Titeln „Feindbild Pazifismus“ bzw. „Kirche, Konstantin und Kriegsdienstverweigerung“ standen. Eröffnet wird dieses Jahrbuch mit einem Beitrag von Franz Segbers: Ohne Waffen und ohne Gewalt. Zeitenwende für eine postkonstantinische Friedensethik. Dort heißt es: „Die Ortsbestimmung der Kirchen innerhalb einer Gesellschaft ist für die Einstellung der Kirche zu Krieg und Militär von ausschlaggebender Bedeutung. Im Laufe der Kirchengeschichte hat das Verhältnis von Kirche zum Militär erstaunliche Wandlungen durchgemacht, die jedoch nicht vorrangig von theologischen Erwägungen bestimmt waren, sondern in weit stärkerem Maße vom Ort der Kirchen im Staat.“

Einen Schwerpunkt dieses Jahrbuches bilden verschiedene Arbeiten, die der komplexen Geschichte der Kriegsdienstverweigerung in den einzelnen Kirchen und Konfessionen nachgehen. Hinzukommen Aufsätze und Thesen, die das Verhältnis von Kirche und Staat beleuchten, auch in Bezug auf die Ukraine und in Bezug auf Russland. So ist das Foto auf dem Titelbild Zeugnis einer bemerkenswerten gewaltfreien Intervention bei einer der Demonstrationen auf dem Maidan in

Kiew, von dieser hier kaum bekannten Aktion wird ausführlich berichtet.

In zwei ausführlichen Forschungsüberblicken wird zudem nach der Gewaltfreiheit im frühen Christentum gefragt.

Wie Friedenstheologie praktisch werden kann, zeigt die Rubrik „Vision und Praxis“; was an Arbeit noch bevorsteht, wird unter „Projekten“ angezeigt. Seinen Abschluss findet dieses Jahrbuch wiederum mit einer Reihe von ausführlichen Rezensionen; auch diese spiegeln auf ihre Art die Vielfältigkeit der friedentheologischen Arbeit in den letzten Jahren wieder.

Die Publikationen des Ökumenischen Instituts für Friedenstheologie erscheinen als Druckausgaben innerhalb der Buchreihe „edition pace“ unter www.bod.de. Sie sind zum Großteil aber auch als Digitale Erstausgaben auf dem OekIF-Portal eingestellt:

<https://friedenstheologie-institut.jimdofree.com/> Wer also einmal ins Buch hineinschauen will (bevor er bestellt?!), oder wer kein Geld für ein solches schönes Buch mehr übrig hat, der kann dort lesen.



Jahrbuch Friedenstheologie 2025

Kriegsdienstverweigerung,
Kirche und Pazifismus



Versöhnung 4/2025



Ökumenisches Institut für Friedenstheologie

Herausgegeben von Stefan Federbusch, Gudula Frieling,
Thomas Nauerth, Wolfgang Krauß, Gottfried Orth, Stefan Silber

Pazifismus – wenn nicht jetzt, wann dann?

Thesen von Ullrich Hahn

Vorbemerkung

Das landläufige Bild von einem Pazifisten ist geprägt vom Eindruck der Schwäche, Nachgiebigkeit, Unterwürfigkeit. Stark wirkt der bewaffnete Soldat, besonders wenn er – in zwischen auch sie – in größerer Formation im Gleichschritt auftritt. Die Wirklichkeit ist umgekehrt: Die Stärke des Bewaffneten ist seine Waffe, nicht die Person. Hinzu kommt, dass er als Person einem fremden Willen unterworfen ist. Er/sie handelt auf Befehl. Den Gehorsam hat er/sie beim Dienstantritt gelobt oder gar geschworen. Auch unabhängig davon ist sein/ihr Denken nicht frei: Es ist von der Waffe dominiert. Der Pazifist dagegen behauptet sich selbst. Er/sie gehorcht nicht. In der Regel mussten die Pazifisten auch lernen, der Mehrheitsmeinung zu trotzen. Sie beziehen ihre Stärke nicht aus einer Waffe, sondern aus ihrer ganz eigenen Person (Kant: Aus dem moralischen Gesetz in der Person).

Vierzehn Thesen:

1. Kennzeichen des Pazifismus ist nicht in erster Linie ein bestimmtes Handeln, sondern ein Unterlassen, das Lassen der Gewalt (Das Gute, dieser Satz steht fest, ist stets das Böse, das man lässt, Wilhelm Busch).
2. Dabei bedarf das Lassen illegaler, strafbarer Gewalt keiner besonderen Begründung. Es geht der pazifistischen Haltung gerade um den Verzicht auf die legale, in der nationalen und internationalen Rechtsordnung gerechtfertigten Gewalt (Artikel 26, 87a GG, Artikel 51 UN-Charta), d.h. um den Verzicht auf militärische Verteidigung.
3. Grundlage dieses Pazifismus sind weder spezifisch christliche oder „westliche Werte“, sondern das in der „Goldenen Regel“ kulturübergreifende und in der Neuzeit als völkerrechtlich anerkanntes Menschenrecht: Jede Person hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.
4. Pazifismus ist durch diese Rückbindung auf allgemein gültige Werte nicht nur Ausdruck einer persönlichen Gesinnung, sondern der Verantwortung für das Leben des und der anderen und damit der ganzen Menschheit.
5. Dies unterscheidet den Pazifismus von einer Politik des Nationalstaates, der das Wohl und Wehe der eigenen Nation über das Leben fremder Menschen und das Leben der Menschheit stellt (siehe Art. 56 GG). Auch der Mensch jenseits der Grenze ist einer von uns.
6. Dieser Blick auf die Menschheit ist nicht „blauäugig“. Unrecht und ungerechtes Verhalten dürfen nicht hingenommen werden – aber niemand hat deshalb den Tod verdient („Die Todesstrafe ist abgeschafft“, Art. 102 GG).
7. Die Haltung des Pazifismus über die Verwerflichkeit der militärischen Verteidigung und jeden Militärs erhebt zwar Anspruch auf Allgemeingültigkeit, aber nicht im Sinne einer „Vorschrift“. Vorschriften in Bezug auf Leben und Tod sind übliche Zwangsmittel derjenigen Staaten, die eine Wehrpflicht kennen. Der Pazifismus hat keine solche Macht und will sie auch nicht haben. Er will nicht zwingen, sondern überzeugen. Eine unmittelbare Verpflichtung zum entsprechenden Handeln ergibt sich nur für diejenigen, die die entsprechende Überzeugung als Recht erkennen.
8. Daraus folgt: Der Krieg hört auf, wenn schon eine der beiden Seiten die Waffen niederlegt. Darüber muss nicht verhandelt werden. Wer das Töten von Menschen als Unrecht erkennt, lässt davon ab, unabhängig von der anderen Seite. Verhandlungen haben ihren Platz, wenn es dann um die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft geht.
9. Für das zum Krieg führende Unrecht ist unmittelbar die angreifende Seite verantwortlich. Der Krieg beginnt aber erst mit der militärischen Verteidigung. Damit übernimmt die verteidigende Seite eine eigene Mitverantwortung für den daraus folgenden Krieg mit allen seinen Folgen, auch für die mit jedem Krieg verbundenen Kriegsverbrechen. Bei zwei Staaten, die sich im Krieg befinden, hat keiner das Recht auf seiner Seite.

Schon Kant formuliert bezgl. der bloßen Verteidigungsabsicht: *„stehende Heere ... sollen mit der Zeit ganz aufhören, denn sie bedrohen andere Staaten unaufhörlich mit Krieg durch die Bereitschaft, immer dazu gerüstet zu erscheinen.“*
10. Wer sich auf das Mittel der Gewalt zur Durchsetzung der eigenen, wenn auch berechtigten Interessen einlässt, unterliegt dann auch der Logik dieser Gewalt: Es gewinnt der Stärkere. Das bedingt eine nicht endende Aufrüstung. Das Maß hierfür ist die vermeintliche Stärke der anderen Seite und ihrer vermeintlich bösen Absichten.

Für die Durchsetzung des Rechts ist die Gewalt deshalb ein untaugliches Mittel.



11. Gegenüber anderen Mitteln ist die Gewalt dominant, selbst wenn sie nur nachrangig eingesetzt werden soll. Sie ist sofort greifbar und verspricht schnellen Erfolg. Für diesen Zweck wird das Militär gerüstet. Waffen beeinflussen so das Denken der Waffenträger und der über das Militär verfügenden Politik schon lange vor einem Einsatz. Bewusst oder unbewusst werden sie durch ihre bloße Existenz zum vorrangigen Mittel im Konflikt.
12. Die eingesetzten Mittel und Methoden der Gewalt prägen dann auch das Ergebnis: Tod, Zerstörung, Verstümmelung, Traumata. Die zuvor angestrebten Ziele, Freiheit und Demokratie, bleiben auf der Strecke. Die Erfordernisse des Militärs haben Vorrang vor allen menschlichen Bedürfnissen, auch vor dem Schutz des Klimas als Grundlage allen Lebens. Selbst für die gewinnende Seite gilt: „*Was durch Gewalt erworben wurde, kann in der Regel auch nur wieder durch Gewalt verteidigt werden*“, Gandhi.
13. Was bleibt den Pazifist*innen zu tun? Die ihnen zur Verfügung stehenden gewaltfreien Mittel unterliegen einem anderen Zeit- und Handlungsrahmen als dem des Militärs. Sie können und wollen nicht durch Schnelligkeit und Zerstörungskraft beeindruckt werden. In der Zeit vor dem Krieg ist ihre Aufgabe, auf die Gefahren der Rüstung hinzuweisen, der Aufrüstung zu widersprechen und für eine auch einseitige Abrüstung einzustehen. In Zeiten des Krieges verweigern sie mitzumachen. Nach dem Krieg übernehmen sie als Erste die Mühen der Versöhnung, soweit sie/wir alle dann noch leben.
14. Das Gegenteil der Gewalt ist nicht einfach Gewaltlosigkeit, sondern Gerechtigkeit. Neben der Kritik an der unmittelbaren Gewalt des Militärs bleibt die Aufgabe, die vielfältigen Formen struktureller Gewalt, die nicht weniger lebensfeindlich sind, zu überwinden. Pazifismus ist keine Passivität, sondern tätiges Handeln für einen Frieden in Gerechtigkeit.

Einführungsseminar „Gewaltfreie Kommunikation“ (nach Marshall Rosenberg)

Zeit: 20.- 22. März 2026

Ort: Martin Niemöller Haus, Pacelliallee 61 14195 Berlin

Seminarleitung: Prof. em. Dr. Gottfried Orth,

Es geht um Wertschätzung und Empathie als Ausdruck einer humanen, friedfertigen Haltung; Sensibilisierung für unterschwellige und unbewusste Gewalt im privaten oder dienstlichen Bereich und wie diese zu einer gewaltfreien, wertschätzenden Sprache und Handlungsform umgewandelt werden kann.

Einübung von vier grundlegenden Schritten zu einer gelingenden Kommunikation: Trennung von Beobachtung und Bewertung / Wahrnehmen unserer Gefühle / Bedürfnisse erkennen / Klare, freundliche Bitten formulieren (Bitten statt Fordern).

Info und Anmeldung:

Friedenszentrum Martin Niemöller Haus e.V.

c/o Ulrich Sonn ulisonn1@gmail.com

Kosten: 100.- (incl. 2 x Abendessen, 2 x Mittagessen)

WildeFriedensKirche

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die den Frieden in den Mittelpunkt stellen. Wir üben uns darin ein, dem Gewaltglauben abzusagen, umzukehren und mit unserem Bruder Jesu die Gegenwart des Friedens zu entdecken, zu feiern und Zeichen des Friedens zu setzen. Jesus von Nazareth hat Menschen geheilt und gezeigt, wie wir Konflikte friedlich lösen oder zumindest aushalten können ohne unmenschlich zu werden. Seine Liebe gilt allen Menschen und der ganzen Schöpfung. Diesen Weg wollen wir miteinander gehen und feiern. Dazu treffen wir uns unter freiem Himmel und gehen an Orte, an denen die Überwindung von Gewalt, Unterdrückung und Not gegenüber Mensch und Mitwelt sichtbar und spürbar wird. Der Gottesdienst lädt zum Mitwirken ein. Es gibt Lieder, Gebete, Texte und Fürbitten, Zeit für Gespräche, Zeit zum Schweigen und Zeit für Segen. Im Anschluss wird gemeinsam geteilt, was zum Essen und Trinken mitgebracht wird. Alle Menschen sind willkommen, die den Weg der Gewaltlosigkeit erproben möchten, egal ob mit oder ohne Bindung an eine Kirche.

Treffen sonntags um 15 Uhr

18.01.2026 Köln – Vor dem Domforum

08.02.2026 Dortmund

08.03.2026 Köln – Vor dem Domforum

Bündnispartner – Internationaler Versöhnungsbund - Ökumenisches Institut für Friedenstheologie

Kontakt: Dr. Gudula Frieling, Dortmund,
gudula.frieling@posteo.de -

Pfarrer Dr. Matthias Engelke, Köln
distelwenk@gmail.com , 0157 87313098





Fachgespräch „Was motiviert?“ – Gemeinsam die Zukunft der Friedensarbeit gestalten

Die AGDF lädt am 20.–21. März 2026 nach Fulda ein, um eine wichtige Frage zu klären: *Wie können Friedensorganisationen generationsübergreifend wirken und Jüngere für Engagement gewinnen?*

Eingeladen sind Haupt- und Ehrenamtliche aus den Mitgliedsorganisationen – von den erfahrenen Friedensaktivist*innen bis zur Generation Z. Gemeinsam wollen wir Unterschiede verstehen, Erfahrungen austauschen und konkrete Schritte entwickeln, damit Friedensarbeit auch in 10 oder 20 Jahren kraftvoll weiterwirkt.

Das Programm verbindet spannende Vorträge, Erfahrungsaustausch und praxisorientierte Workshops.

Mitmachen lohnt sich – wer kommt, gestaltet die Zukunft der Friedensarbeit mit.

20.–21. März 2026, Fulda

Jahrestagung 2026

Die Jahrestagung 2026 findet wie immer von Christi Himmelfahrt bis zum folgenden Wochenende statt, 2026 also vom 14. bis zum 17. Mai 2026, diesmal in Duderstadt.

Der vorläufige Arbeitstitel:

Menschenwürde und Rechtsstaat verteidigen – gewaltfreien Widerstand gegen menschenfeindliche Politik einüben und praktizieren

Eva-M. Willkomm gratuliert älteren VB-Mitgliedern zu runden Geburtstagen und fragt bei der Gelegenheit, ob sie berichten mögen, wie sie zum VB gekommen sind, was sie da erlebt haben und was sie an dem Verband so schätzen oder kritisieren.



Matthias Vomstein

Die Wurzeln meiner Mitgliedschaft dürften wohl in der Zeit liegen, als ich mit dem Bescheid zur Musterrung konfrontiert wurde. Im Freundeskreis der katholischen Jugend in Freiburg diskutierten wir seinerzeit heftig und sehr politisch. Es war die Zeit, als die APO lautstark deklamierte in den Straßen der Universitätsstadt, das geteilte Deutschland hüben und drüben die gegenseitige Annäherung in der Ära Brandt suchte, als der RAF-Terror uns ratlos machte und Pinochets chilenisches Folterregime uns in heiligen Zorn versetzte.

So war es angesagt in mich zu gehen und den Standpunkt genauer herauszuarbeiten, um dem Prüfungsausschuss des Kreiswehrratsamtes Rede und Antwort zu stehen. Via «Kirchlicher Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer» gelangte ich an Ullrich Hahn. Mehrmals trafen wir uns, und die Beratungs-





sitzungen entfalteteten sich zu veritablen Lektionen in Sachen «Sozialer Verteidigung», zivilem Ungehorsam aus der Schule Henri-David Thoreaus und dem Befreiungskampf Mahatma Gandhis. Kurz: Ich durfte viel und Neues lernen. Abiturstoff war dies nicht.

Die Friedenskreise waren gut vernetzt. Und dazu konnte ich lernen, dass das Bemühen um Frieden und Gerechtigkeit auch die Natur miteinschließt. Die damals in absoluter Mehrheit CDU-sozialisieren Bauern am Kaiserstuhl wehrten sich erfolgreich gegen die Pläne für ein AKW in Wyhl.

Nach dem 16-monatigen Zivildienst in einem Familienerholungsheim im Schwarzwald nahm ich selbst die Beratungstätigkeit für Kriegsdienstverweigerer auf. Und in der theologischen Fakultät in Freiburg trafen wir uns jede Woche im AK «Evangelium und Gewaltlosigkeit». Der Professor für christliche Gesellschaftslehre zeigte Mühe, die christliche Urgemeinde, die laut Apostelgeschichte alles gemeinsam besaß und miteinander teilte, vom «Kommunismusverdacht» zu befreien.

Als ich das Studium in Münster/ Westfalen fortsetzte, traf ich bald auf FriedensfreundInnen. Eine VB-Gruppe gründeten wir und jeden Freitag galt es beim Schweigen für den Frieden durchzuhalten, wenn wir zum wiederholten Male in den deutschen Arbeiter- und Bauernstaat geschickt wurden, wenn nicht gleich nach Moskau. Die VB-Jahresversammlungen immerhin stärkten uns spirituell wie auch in der Solidarität untereinander.

Es war die hohe Zeit der Friedensbewegung der 80er Jahre. Ostermärsche und Großdemos gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Ost und West forderten uns. Größere Aktionen waren zum Beispiel die Blockade der Kasernen des I. BW-Korps in Münster. Und die deutschen Bischöfe begleiteten wir in Trier schweigend und mit Transparent, als sie einst das Friedensdokument berieten. Im September 1984 feierten wir im Fuldaer Dom den Gottesdienst der Bischöfe mit, um am Ende das Transparent zu entrollen: «Für ein Nein der deutschen Bischöfe zu Atomwaffen». Dies brachte uns eine Anzeige wegen des Verdachts der Störung der Religionsausübung ein.

Nach dem Studium und bedingt durch Ortswechsel ist der Kontakt im VB leider in den Hintergrund getreten; ganz verloren war er nie. Es ist eben nicht so ganz einfach, jeweils vor Ort wieder Menschen zu finden, um die Gedanken von «Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung» zu teilen und vorzutragen. Ein gutes Stück weit habe ich es mir in meinem Auftreten als Seelsorger zur Aufgabe gemacht, diese Themen in Gebet und Predigt im Geist der altisraelischen Prophetinnen und Propheten weiter ins Wort zu bringen.

Christoph Besemer



Ich glaube, es war in der Zeit meiner Kriegsdienstverweigerung (1963), in der ich mit dem Versöhnungsbund in Kontakt gekommen bin. Ich hatte mich seit der Kriegsdienstverweigerung meines 2 Jahre älteren Bruders mit Literatur über Mohandas

K. Gandhi und Martin-Luther King beschäftigt und war begeistert über diese Menschen und ihre ethische und politische Haltung und Aktivitäten. In dieser Zeit bin ich auch auf den Versöhnungsbund aufmerksam geworden, der mir in seinen inspirierenden Tagungen eine „Heimat“ bot mit Gleichgesinnten und einen Zusammenschluss, um Gewaltfreiheit politisch und im Alltag zu leben und zu verbreiten. Dort konnte ich so bedeutende Menschen treffen wie Hildegard Goss-Mayr, Theodor Ebert, Petra Kelly (VB-Mitglied?), Hermann Schäufele, Beate Roggenbuck, Clemens Ronnefeldt, Eva-Maria Willkomm, Ullrich Hahn, Benjamin Pütter, Paul Russmann, Gernot Jochheim u.v.m.

Auch wenn der Versöhnungsbund eher auf der Bundesebene präsent war, konnten Freundschaften entstehen und ein Netz Gleichgesinnter aufgebaut werden, die an verschiedenster Stelle das friedenspolitische, gewaltfreie Netzwerk in Deutschland vergrößerten und inhaltlich bereicherten z.B. durch Neugründungen wie Ohne Rüstung Leben (ORL), Kampagne gegen Rüstungsexporte, Forum Ziviler Friedensdienst und den Bund für Soziale Verteidigung (BSV), an dessen Gründung ich mitgewirkt hatte.

Menschen, die im Versöhnungsbund mitgewirkt waren, haben Frieden und Gewaltfreiheit nicht nur als „Lebensphase“ durchlebt, sondern als Basis ihrer wertegeleiteten Lebenseinstellung und ihres politischen Handelns beibehalten. Dafür bin ich sehr dankbar!



paradox

im grenzland
zwischen leben und tod
wählte einer das kreuz
und gott gab ihm recht
seitdem greifen millionen
die seinen namen tragen
lieber zum schwert

Petra Ng'uni/März 2022

Wir müssen festhalten, daß im Zweiten Weltkrieg auf beiden Seiten bestimmte Befehlshaber über die traditionellen, noch wirksamen Normen einfach hinweggegangen sind. Die Deutschen warfen diese Normen über Bord mit den Bomben, die sie über Warschau, Rotterdam, Coventry und London abwarfen. Die Alliierten antworteten mit gleicher Münze (...)

Es fehlte auf keiner Seite an Wortführern, die diese Verbrechen gegen die Menschheit rechtfertigten.

Nicht anders heute, da die „Experten“ ruhig verlauten lassen, daß die Vereinigten Staaten einen Krieg überleben können, wenn „bloß fünfzig Millionen“(!) der Gesamtbevölkerung getötet werden; wo die Chinesen davon sprechen, daß sie „300 Millionen“ opfern können und noch über die Runden kommen, da ist es deutlich, daß wir uns nicht mehr länger im Bereich einer denkbaren moralischen Wahrheit befinden.

Es bleibt uns nur ein vernünftiger Weg: offen und kompromißlos zu arbeiten für die vollständige Abschaffung des Krieges.

Die Verlautbarungen des Heiligen Stuhles weisen alle auf diese radikale Lösung hin.

Thomas Merton, Friede: Die Pflichten und Perspektiven eines Christen

